

Die Politik des guten Lebens

Zwischen Neo-Extraktivismus und dem Schutz der »Mutter Erde« –
Konfliktlinien und Potenziale lateinamerikanischer Transformationsmodelle¹

Eine Sprache des Widerstands verändert ihre Bedeutung, sobald sie zur Rechtfertigung bestehender Institutionen genutzt wird. Sobald ein Diskurs der Kritik in das alltägliche Spiel der Machtpolitik integriert wird, läuft er Gefahr, sein subversives Potenzial zu verlieren. Der Prozess der Umsetzung, Adaption und Vereinnahmung sozialkritischer Normen lässt sich aktuell in mehreren lateinamerikanischen Ländern beobachten. Auf dem südamerikanischen Kontinent erprobt eine Reihe der Regierungen der »Neuen Linken« Lateinamerikas alternative Modelle der sozialen und wirtschaftlichen Organisation als Auswege aus dem Washington-Konsens². Seitdem Ecuador und Bolivien 2008 und 2009 die Idee des guten Lebens in ihre Verfassungen aufgenommen haben und sich damit von einem klassischen Entwicklungsmodell kapitalistischer Prägung abgrenzen, erfahren diese Länder neue Aufmerksamkeit in der entwicklungstheoretischen Debatte im globalen Norden. In der akademischen Diskussion wird *Buen Vivir*³, übersetzt mit das »gute Leben«, als Beitrag zur Post-Entwicklungsdebatte euphorisch aufgenommen.⁴ Eine kritische

- 1 Dieser Artikel entstand im Rahmen eines Fellowships von Franziska Dübgen in der Forschungsgruppe »Cultures of Economics – Cultures of Sustainability« am IASS Potsdam und anlässlich eines dortigen Workshops am 16. Juli 2013 von Ana Agostino und Franziska Dübgen zu »Buen Vivir and Beyond«. Eine erste Fassung dieses Beitrags trugen die Autorinnen bei der Postwachstums-Konferenz »Descrescita 2012« in Venedig vor. Die Autorinnen bedanken sich bei Philipp Lepenies, Eugen Pissarskoi, Wolfgang Sachs, Anna-Barbara Sum und den GutachterInnen des Leviathans für ihre hilfreichen Anmerkungen und ihre konstruktive Kritik.
- 2 Der Begriff Washington-Konsens stammt aus dem Jahre 1990 und umschreibt Maßnahmen einer Politik neoliberaler Strukturanpassungsprogramme, wie sie seither von IWF und Weltbank in Krisenländern durchgeführt werden. Haushaltsdisziplin, Handelsliberalisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung sind ihre zentralen Eckfeiler. Der Washington-Konsens wird von Kritikern aufgrund seines einseitigen Fokus auf Liberalisierung, Privatisierung und den Rückzug des Staates angefochten (Craig, Porter 2006; Held 2004; Stieglitz 2008).
- 3 Während in Ecuador vornehmlich »Buen Vivir« verwendet wird, dominiert in Bolivien der Ausdruck »Vivir Bien« als Übersetzung indigener Konzepte eines guten Lebens.
- 4 Vgl. Davalos 2009; Jaramillo 2010; Fatheuer 2011; Gudynas 2012; Poma 2011; Thompson 2011; Walsh 2010.

Analyse der bisherigen politischen Implementierung dieser indigenen Kosmovision⁵ eines guten Lebens soll im Folgenden erstmals geleistet werden. Als Beispiel für ein »progressistisches«⁶ Transformationsmodell stellen wir Uruguay vor. Im Bereich des Wirtschaftswachstums als auch in Bezug auf die Indizes menschlicher Entwicklung schneidet das Land sehr gut ab. Überdies hat Uruguay einen über die Landesgrenzen hinaus populären Präsidenten, der die Ideale der Neuen Linken Lateinamerikas symbolisiert: Selbst äußerst bescheiden, pflegt er einen einfachen Lebensstil und engagiert sich für das Wohl der Ärmsten.⁷ Das positive Abschneiden des Landes im Vergleich der Entwicklungsindizes, insbesondere beim Bruttoinlandsprodukt, steht jedoch im eklatanten Widerspruch zu den faktisch geringen Bildungs- und Lebenschancen der breiten Bevölkerung und der verstärkten gesellschaftlichen Desintegration, die sich an der zunehmenden Gewalt und erhöhten Kriminalität im Lande festmachen lässt. Die Politik aller drei Länder zielt auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit, insbesondere für die historisch marginalisierten sozialen Gruppierungen der »Indigenen« und der Menschen mit afrikanischen Wurzeln. Weder das Narrativ des »guten Lebens« noch der Rechtfertigungsdiskurs einer »Neuen Linken« der jeweiligen Regierungen schlagen sich jedoch in einer radikal anderen Form der Wirtschafts- und Sozialpolitik nieder. In unserer Analyse weisen wir auf die Hürden und Widersprüche hin, die sich bei der Durchsetzung der jeweiligen Transformationsmodelle für neue Formen des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenlebens ergeben.

1. Transformation und Adaption gesellschaftskritischer Diskurse

Es gibt verschiedene Ansätze, zu erklären, warum sich ein Diskurs⁸ der Kritik, wie er von einer sozialen Bewegung und von Intellektuellen geführt wird, im Prozess seiner Implementierung durch politische Akteure verändert, er seinen kritischen Kern verliert oder sich an einen gesellschaftlichen Kontext anpasst. Diese methodischen Reflexionen stellen wir voran, um die Widersprüche, die sich im Laufe der Umsetzung von Transformationsmodellen ergeben, differenzierter analysieren zu können.

Zunächst schlagen wir vor, zwischen einem *sozialkritischen Diskurs* und einem *politischen Diskurs* zu unterscheiden: Der sozialkritische Diskurs wird von Intellektuellen, oppositionellen Parteien und sozialen Bewegungen außerhalb etablierter

5 Kosmovision (span.: cosmovisión) bezeichnet eine spezifische Weltanschauung, die sich auf das Dasein als Ganzes bezieht. Der Begriff wird häufig mit der Weltsicht indigener Gruppen in Verbindung gebracht.

6 Mit »progresismo« (dt. als progressistische oder progressive Politik übersetzt) wird die Ausrichtung der Neuen Linken Lateinamerikas bezeichnet (Ruiz Marrero 2011).

7 Vgl. Ohrlein 2014, der ihn als unkonventionellen, unpräntiösen und pragmatischen Präsidenten und »Bauern« beschreibt.

8 Mit »Diskurs« bezeichnen wir in Anlehnung an Foucault ein Ensemble an diskursiven Praktiken, die in Machtverhältnisse eingebunden sind und Wahrheit beziehungsweise Sinn produzieren (vgl. Foucault 1981).

institutionalisierter Entscheidungsstrukturen geführt und produziert Alternativen zum Status quo. Den politischen Diskurs führen dagegen Akteure, die unterschiedliche Interessen verfolgen und die mit unterschiedlicher politischer, symbolischer und ökonomischer Macht⁹ ausgestattet sind.

In einem weiteren Schritt lassen sich unterschiedliche Ursachen identifizieren, welche die Differenz zwischen dem sozialkritischen und dem politischen Diskurs erklären:

- (1) *Immanent*: Einige Widersprüche lassen sich bereits im sozialkritischen Diskurs selber identifizieren. Sie werden dann offenbar, wenn es darum geht, auf der Basis des sozialkritischen Diskurses politische Strategien zu formulieren. So kann eine Norm Effekte haben, die den sozialkritischen Diskurs infrage stellen, zugleich aber durch diesen verursacht wurden.¹⁰
- (2) *Extern*: Angesichts der makrostrukturellen Bedingungen für einen Implementierungsprozess sehen sich die Vertreter eines sozialkritischen Diskurses mit der (vermeintlichen) Macht des Faktischen konfrontiert. Innerhalb einer transnational verflochtenen Wirtschaftsordnung und angesichts der gegenwärtigen Handelsbedingungen, der internationalen politischen Entscheidungsstrukturen und der Verzahnung von internationalen und nationalen Eliten, die ihre Privilegien zu schützen wissen, werden Normen im Prozess ihrer politischen Operationalisierung häufig verzerrt. Auf der externen Ebene sollten dementsprechend die materiellen Bedingungen analysiert werden, in die ein politischer Diskurs eingebettet ist und die den Handlungsspielraum der beteiligten Akteure begrenzen und beeinflussen.
- (3) *Semantisch*: Selbst strategisches Mittel der Machtpolitik, wird er im Laufe seiner strategischen Verwendung semantisch immer wieder neu besetzt und in seiner inhaltlichen Bedeutung modifiziert. Jedes normative Prinzip ist innerhalb eines politischen Diskurses in seiner Bedeutung umkämpft,¹¹ wird für ein spezifisches Interesse eingesetzt oder, negativ ausgedrückt »instrumentalisiert«. In diesem Prozess kann sich der semantische Inhalt eines sozialkritischen Diskurses im Extremfall in sein Gegenteil verkehren und seine vorherige kritische Kraft verlieren.

Wir werden im Laufe des Artikels auf diese drei unterschiedlichen Analyseebenen zurückgreifen, um zu erklären, auf welche Weise radikal andere und innovative

9 Vgl. Bourdieu 1997.

10 Zu Paradoxien von Normen vgl. Hartmann 2002: »Zwei sich widersprechende Größen verhalten sich folglich in dem Augenblick paradox zueinander, in dem gezeigt werden kann, dass das widersprüchliche Zueinander durch *ein und denselben* Prozess zustande gekommen ist« (ebd., S. 237). So kann eine Norm im Lauf der Zeit Effekte produzieren, die den anfänglich an sie geknüpften Intentionen zuwiderlaufen. Hartmann bietet folgende Erklärung an: »Die paradoxen Effekte mancher Normen dürften gerade darin bestehen, dass sie die Bedingungen ihrer Umsetzung nicht angemessen reflektieren oder auf den Wandel der Lebensumstände mancher Individuen nicht wirksam reagieren« (ebd., S. 241).

11 Vgl. Laclau, Mouffe 2001.

Formen gesellschaftlichen Wandels, wie sie derzeit in Lateinamerika erprobt werden, immer wieder an ihre Grenzen stoßen. Dabei diagnostizieren wir eine Reihe von Widersprüchen zwischen ihrer ideologischen Rechtfertigung und der aktuellen politischen Praxis.

2. Die Neue Linke in Lateinamerika

Zwar betiteln sich derzeit nur die Regierungen Venezuelas und Boliviens selber explizit als »sozialistisch«, doch werden auch »progressistische« Regierungen in Südamerika mit dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts in Verbindung gebracht. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts orientiert sich am Bolivarismus, eine an die Visionen des Befreiungshelden Simon Bolivar angelehnte antiimperiale Bewegung Lateinamerikas. Die Idee eines Sozialismus des 21. Jahrhunderts basiert dem Nationalökonom Heinz Dieterich zufolge auf einer kritischen Analyse des real existierenden Sozialismus des 20. Jahrhunderts und konzentriert sich auf die Rolle des Staates, die Verteilung von Wohlstand und Demokratisierung.¹² Der Staat soll in Abkehr von der neoliberalen Politik des Washington-Konsenses mehr Einfluss auf die wirtschaftlichen Belange des jeweiligen Landes nehmen. Der Gewinn, der durch die Ausbeutung von Rohstoffen und durch Außenhandel erwirtschaftet wird, soll durch einen zentralistischen Wohlfahrtsstaat umverteilt werden. Im Gegensatz zum real existierenden Sozialismus zielt dieser jüngere Entwurf des Sozialismus nicht mehr darauf ab, Privateigentum abzuschaffen und alle Bereiche der Wirtschaft staatlich zu regulieren. Dennoch existieren in den Ländern, die dem Sozialismus des 21. Jahrhunderts nahestehen, erneut Bestrebungen, erst kürzlich privatisierte Unternehmen in Staatseigentum zu überführen und den Abbau natürlicher Ressourcen zu reglementieren. Was den Aspekt der Umverteilung anbetrifft, besteht der Hauptunterschied zwischen einem traditionellen Sozialismus und den gegenwärtigen Regierungsanstrengungen darin, dass die Neue Linke Umverteilung als einen Prozess »von oben« begreift. Die Vertreter dieses »neuen« Sozialismus beschränken sich mehrheitlich darauf, die durch das bestehende System verursachten Ungleichgewichte durch fiskalpolitische und wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zu korrigieren, statt die Produktionsverhältnisse selbst fundamental umwälzen zu wollen. Zugleich ist der Sozialismus des 21. Jahrhunderts bestrebt, demokratische Prozesse zu stärken – von politischen Parteien, sozialen Bewegungen bis hin zu Gewerkschaften. In Abgrenzung zum tendenziell autoritären Regierungsstil des Sozialismus des 20. Jahrhunderts betont die Neue Linke Lateinamerikas Demokratie und Menschenrechte. Sie unterstreicht überdies die kulturelle Diversität Lateinamerikas und nimmt eine differenzierte Haltung gegenüber dem Kolonialismus und dessen Nachwirken in Form von rassistischer Benachteiligung ein.

Einerseits steht die seitens der Andenländer – Bolivien und Ecuador – proklamierte Vision eines guten Lebens in einem Spannungsverhältnis zum starken Staat des klassischen Sozialismus. Sie fügen dem Ideal der sozialen Gerechtigkeit die Ziele der

12 Vgl. Dieterich 2006.

ökologischen Gerechtigkeit, der kognitiv-epistemischen Gerechtigkeit¹³ und der Generationengerechtigkeit hinzu. Dabei wird der wirtschaftliche Fokus auf Produktion, nationale Industrie und die Steigerung des allgemeinen Lebensstandards im Diskurs des guten Lebens infrage gestellt und durch den Bezug auf Werte wie Genügsamkeit und Reziprozität herausgefordert. Andererseits hat die Regierung Ecuadors jüngst versucht, die zentralen Ideen des Sozialismus und die Kosmovision des guten Lebens zusammenzuführen. Als Resultat entstand ein Regierungsplan für den Zeitraum von 2013 bis 2017 mit dem Titel *30 Propuestas para el Socialismo del Buen Vivir* (dt.: »30 Vorschläge für einen Sozialismus des guten Lebens«).¹⁴ Der »Sozialismus des guten Lebens« beinhaltet den Kampf für soziale Gerechtigkeit, Gleichstellung, Respekt für Diversität und insbesondere – in Abgrenzung zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts – Harmonie mit der Natur.¹⁵ Neben der Verwirklichung von Bürgerrechten stehen kollektives Wohlbefinden, gegenseitiger Respekt, Solidarität und der sorgsame Umgang mit der Natur im Zentrum dieser neuen integralen Konzeption.

3. *Buen Vivir* als Kritik am Entwicklungsdiskurs

Buen Vivir kann als ein Sammelbegriff für unterschiedliche indigene Kosmovisionen aus Lateinamerika interpretiert werden. Das umfangreiche Konzept wird derzeit in der kritischen Entwicklungsforschung als mögliche Alternative zu dem klassischen Entwicklungsmodell diskutiert, das sich vorrangig auf Wachstum innerhalb eines globalen Kapitalismus stützt. Das Konzept ist umstritten, wird von unterschiedlichen Akteuren unterschiedlich definiert und zieht seine Legitimität vornehmlich aus der Autorenschaft der für lange Zeit unterdrückten und marginalisierten Gruppe der Indigenen. In diesem Sinne kann sie auch als eine »erfundene Tradition«¹⁶ betrachtet werden: als in die Geschichte zurückprojizierte, künstlich geschaffene Norm, die dazu dient, gegenwärtige politische Entscheidungen zu rechtfertigen.

Buen Vivir ist eine Übersetzung von unterschiedlichen Ausdrücken für soziale Praktiken und Kosmovisionen indigener Gemeinschaften und bezieht sich unter anderem auf das Konzept *küme mongen* der Mapuche in Chile, auf *shiiir waras oby* der Shuar und *sumak kaway* der Kichwa in Ecuador.¹⁷ *Buen Vivir* ist ein Prinzip, das sich selbst noch in der Konstruktion befindet – zumindest als gesellschafts-

13 Epistemische Gerechtigkeit ist ein Überbegriff für jegliche Formen von Exklusion, Marginalisierung oder Ausbeutung auf der Ebene der Repräsentationsverhältnisse (vgl. Dübgen 2012; Fricker 2007). Kognitive Gerechtigkeit fordert Gerechtigkeit im Feld der Wissensproduktion und bezieht sich insbesondere auf verdrängte Wissensbestände der durch den Kolonialismus marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Vgl. Santos 2007, S. 15; Dübgen 2014, S. 220-224.

14 Vgl. República del Ecuador 2009.

15 Vgl. Programa del Gobierno 2012.

16 Vgl. Hobsbawm, Ranger 1992.

17 Vgl. Gudynas 2011 a, S. 442-443.

politisches Projekt, das sich aus einer vielschichtigen kulturellen Praxis und deren Weltanschauung speist.¹⁸ Es bedarf daher eines aktiven Prozesses der Übersetzung und Aneignung dieser »erfundenen Tradition« für eine zeitgenössische politische Praxis. Es gibt jedoch keine praktischen Modelle, an denen sich heutige Staaten bei der Implementierung von *Buen Vivir* orientieren könnten. Daher wird der Prozess der Operationalisierung dieser regulativen Idee derzeit in ganz Lateinamerika kontrovers diskutiert.¹⁹

Es lassen sich innerhalb der aktuellen Debatte einige methodologische Aspekte und Topoi benennen, welche die Idee des guten Lebens als sozialkritischen Diskurs vom hegemonialen Entwicklungsdenken abgrenzen. Zunächst zielt der Ansatz des guten Lebens darauf ab, das Wissenssystem der westlichen Moderne zu dekolonisieren. Diese symbolische Funktion, die lange Zeit marginalisierten und unterdrückten Indigenen zu Autoren einer nationalen Entwicklungsstrategie zu erheben und von ihren Einsichten und Werten lernen zu wollen, sollte nicht unterschätzt werden. Auf der epistemischen Ebene soll der Ansatz des guten Lebens einen Austausch zwischen unterschiedlichen Wissenssystemen anregen²⁰ und insbesondere diejenigen Autoren sichtbar machen, die vorher durch die Vorherrschaft hegemonialer Institutionen der Wissensproduktion delegitimiert wurden.²¹

Als Alternative zum neoliberalen Wachstumsmodell propagiert das Modell des guten Lebens sowohl ein harmonisches Zusammenspiel von Menschheit und Natur als auch ein innergesellschaftliches soziales Gleichgewicht. Der Natur soll dabei das Recht zugestanden werden, sich beständig zu reproduzieren und zu regenerieren.²² In den Diskursen über *Buen Vivir* finden sich immer wieder Referenzen auf das Konzept der *Pachamama*. Dieses Konzept erfuhr nach dem alternativen Klimagipfel 2010 in Cochabamba erhöhte öffentliche Aufmerksamkeit. *Pachamama* beschreibt die Rechte für und von der »Mutter Erde«. Damit grenzt sich die Idee des guten Lebens von sozialistischen Entwicklungsmodellen ab, deren anthropozentrisches Produktionssystem vorrangig auf das unmittelbare Wohl des Menschen ausgerichtet ist.²³

Die Idee des guten Lebens soll die anthropozentrische und teleologische Sichtweise einer Entwicklungsgeschichte, die durch wirtschaftliches Wachstum, Industrialisierung und Modernisierung charakterisiert ist, konzeptuell überwinden. Diese alternative Sichtweise impliziert auch eine andere kategoriale Bestimmung von Zeitlichkeit als Bedingung der Möglichkeit politischen Handelns. Denn sie geht nicht von einem linearen Geschichtsverlauf aus, in dem Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft aufeinander aufbauen, und beruft sich weder auf historischen Fortschritt noch auf ein göttliches Versprechen der Erlösung. Stattdessen wird Zeitlichkeit

18 Vgl. Gudynas 2011 b, S. 1, zitiert in Fatheuer 2011, S. 20; Freire 2012, S. 247.

19 Vgl. Arkonada 2012 a, S. 191; vgl. Beiträge in Arkonada 2012 b.

20 Vgl. Acosta 2010, S. 6.

21 Vgl. Santos 2007.

22 Vgl. Poma 2011, S. 5.

23 Vgl. David Choquehuanca, zitiert in Tokarski 2011, S. 122.

zyklisch gedacht und ist geprägt von alternierenden statt von sequentiellen Phasen, die notwendigerweise aufeinander aufbauen und vorherige Gesellschaftsformen ablösen. Die Idee des guten Lebens beinhaltet vielmehr die Ewigkeit des Gegenwärtigen und die Fülle des Lebens:²⁴ So sind in dieser andischen Zeitkonzeption Leben und Tod einander nicht entgegengesetzt, sondern bilden ein Kontinuum, wie auch Seele und Physis, Mensch und Natur. Der Mensch kann sich die Natur aneignen, weil er selbst Teil derselben ist. Entgegen einer in der westlichen Moderne vorherrschenden dualen Ontologie, in welcher sich der Mensch die Natur durch Kultivierung zu eigen macht, hat die andische Weltsicht eine relationale Ontologie als Fundament ihres Denkens. Sie betont die permanente Wechselbeziehung und Durchdringung menschlichen und nichtmenschlichen Lebens.²⁵ Das gute Leben kann als Konsequenz nicht allein durch einen Einzelnen erreicht werden. Vielmehr verlangt es ein kollektiv abgestimmtes Handeln mit dem Ziel eines guten Lebens innerhalb einer Gemeinschaft. Die Kernkomponente der Reziprozität verlangt, dass wir gut, aber nicht unbedingt besser als andere Menschen leben sollten. Ein tatsächlich geglücktes gutes Leben darf weder auf der Ausbeutung der Natur noch auf der Ausbeutung anderer Menschen gründen. Es basiert auf Suffizienz (span.: *suficiencia*) – Genügsamkeit angesichts der gegebenen Mittel – und Reziprozität. Der Mensch des *Buen Vivir* begnügt sich mit dem, was ist, und verlangt weder ständiges Wachstum noch ein immer besseres Leben.

Diese ontologischen, transzendentalen und ethischen Differenzen gegenüber okzidentalen Denkweisen stellen besondere Herausforderungen dar, denen es zu begegnen gilt, wenn man die Vision von *Buen Vivir* für die Konstruktion von Alternativen zu konventionellen Entwicklungsmodellen nutzen möchte. Dies gilt umso mehr für Länder, die auch durch die westliche Moderne geprägt wurden (sei es durch Eroberung, Kolonisierung oder Migration) und die versuchen, *Buen Vivir* als gesellschaftspolitisches Projekt zu implementieren. Zum einen lässt sich die Idee der permanenten »Fülle« mit einem auf beständigem Wachstum basierenden neoliberalen Wirtschaftskurs nicht in Einklang bringen und verlangt deswegen radikal neue Wirtschaftsweisen.²⁶ Ökonomisch bedeutet daher *Buen Vivir* insofern einen Paradigmenwechsel, als dass es die Idee der Suffizienz in den Vordergrund rückt. Zum anderen wertet der Diskurs des guten Lebens nichtmaterielle Aspekte des Zusammenlebens auf, die sich der Kommerzialisierung entziehen.

Als Nächstes gehen wir der Frage nach, wie dieser vielschichtige sozialkritische Diskurs, zusammengefasst durch den Begriff *Buen Vivir*, in Bolivien und Ecuador zunächst in ein juridisches Prinzip transformiert wurde, um politisch wirkmächtig zu werden.

24 Vgl. Samanamud Ávila 2011, S. 3.

25 Vgl. Escobar 2012.

26 Vgl. Álvarez 2013, S. xviii.

3.1 Fallbeispiele Bolivien und Ecuador: Das gute Leben im Prozess seiner juristischen Kodifizierung

Buen Vivir wurde 2008 in Ecuador und 2009 in Bolivien zu einem verfassungsrechtlichen Prinzip erhoben.²⁷ Seit dem Gewinn der Wahlen im Jahr 2005 haben der Präsident Evo Morales und seine Partei die MAS (*Movimiento al Socialismo-Instrumento Político por la Soberanía de los Pueblos*) versucht, die bolivianische Politik auf einer rhetorischen und juristischen Ebene mit der expliziten Bezugnahme auf das Konzept des *Buen Vivir* zu »indigenisieren«. Ebenso orientiert sich die von Präsident Rafael Correa gegründete *Movimiento PAÍS (Patria Activa Soberana)* in Ecuador seit ihrer Machtübernahme 2006 an der Idee des guten Lebens.

Die bolivianische Verfassung zeichnet sich zunächst durch die Anerkennung ihres plurinationalen Charakters aus. Die Formulierung »plurinationaler Staat« stellt vor dem Hintergrund der vorherigen kolonialen Unterdrückung von Sprache und kulturellen Praktiken der Indigenen offiziell fest, dass mehrere Nationen innerhalb eines Staates leben. Plurinationalität als juristischer Begriff impliziert zudem Kollektivrechte für soziale Gruppen innerhalb des Staates.²⁸

Wirtschaftspolitisch legt die bolivianische Verfassung eine »plurale Ökonomie« fest.²⁹ »Plurale Ökonomie« ist zunächst als ein deskriptiver Begriff zu fassen, der das *de facto* Nebeneinander von Privatwirtschaft, staatszentrierter Ökonomie und »kommunitärer Ökonomie« – oder Gemeinschaftsökonomie (span.: *economía comunitaria*) – feststellt. Die Aufgabe der staatlich geplanten und regulierten Ökonomie soll es in diesem Zusammenspiel sein, durch die Ausbeutung natürlicher Ressourcen die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern, durch Umverteilung soziale Ungleichheit und Armut zu bekämpfen und in die Bereiche Bildung, Gesundheit und Kultur zu investieren. Der Begriff der »kommunitären Ökonomie« bezieht sich auf jenes Feld der Ökonomie, das der »Reproduktion des sozialen Lebens« dient und auf den Prinzipien und der Weltsicht der Indigenen basiert.³⁰ Dieser Wirtschaftsbereich soll für das gesamte Wirtschaftssystem wegweisend sein.³¹ So lassen sich die Befriedigung grundlegender Bedürfnisse und ein Streben nach Autarkie (insbesondere im Hinblick auf Ernährungssicherheit) als kommunitäre Prinzipien beschreiben, deren Realisierung der Staat laut der bolivianischen Verfassung anstreben soll. Der Staat übernimmt dabei als zentralistisches Organ »von oben« eine aktive Rolle bei der Regulierung der Wirtschaft Boliviens. Er soll vor allem auf der Basis der Nutzung natürlicher Ressourcen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes forcieren. Zugleich zielt die kommunitäre Ökonomie auf eine Demokratisierung der Wirtschaft »von unten«. Dieses Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschaftslogiken – einer privaten und einer staatlich gelenkten, einer partizipativen und einer zentralistisch verordneten Wirtschaftspolitik – innerhalb einer »pluralen Ökono-

27 Vgl. Bolivianische Verfassung 2009, Art. 8.

28 Vgl. Santos 2012, S. 163.

29 Vgl. Bolivianische Verfassung 2009, Art. 306 II.

30 Vgl. ebd., Art. 307.

31 Vgl. Arkonada 2012 a.

mie« erzeugt Widersprüche, welche sich auch in der Wirtschaftspolitik Boliviens niederschlagen.

Ein weiteres rechtstheoretisches Novum auf der Basis von *Buen Vivir* ist die Festlegung genuiner Rechte der »Mutter Erde« innerhalb der ecuadorianischen Verfassung. Mit der indigenen Konzeption *Pachamama* wird die Natur zu einem eigenständigen Rechtssubjekt, in deren Namen Rechte beansprucht oder auch verletzt werden können. Der Staat verpflichtet sich im Namen von *Pachamama* zur »Wiederherstellung« der geschädigten Ökosysteme.³² Bolivien erließ im Jahr 2013 ebenfalls eine Erklärung zum Schutz der »Mutter Erde« und etablierte eine Umweltschutzbehörde (span.: *Defensoría de la Madre Tierra*), welche die Rechte der »Mutter Erde« identifizieren und verteidigen soll. Entgegen dieser Maxime schreibt die bolivianische Verfassung in Artikel 335 auch die industrielle und kommerzielle Nutzung der natürlichen Ressourcen als eines der Hauptinteressen des Staates fest. Eduardo Gudynas beurteilt die bolivianische Verfassung daher als instrumentalistisch und anthropozentrisch, da das Gebot der Ressourcennutzung ein utilitaristisches Verständnis der Natur als Mittel für die Zwecke des Menschen voraussetze und damit dem Konzept der *Pachamama* widerspreche. Die ecuadorianische Verfassung gilt im Umkehrschluss als »biozentrischer«, da sie der »Mutter Erde« eigene Rechte zuspricht und explizit eine »Post-Erdöl-Entwicklung« anvisiert.³³ Sie verknüpft soziale und ökologische Belange holistischer miteinander.³⁴ Während in Bolivien *Buen Vivir* den Status eines leitenden Prinzips innehat, ist *Buen Vivir* in Ecuador geltendes Recht und stellt eine Pflicht des Staates dar.

3.2 Die Wirtschaftspolitik des »guten Lebens« – Den Extraktivismus nutzen, um den Extraktivismus zu überwinden?

Auf der Basis dieses juridisch spezifizierten Verständnisses des »guten Lebens« haben die jeweiligen Regierungen nun das Mandat, diesen normativen Rahmen politisch zu interpretieren und umzusetzen. Ecuadors Regierung erstellte hierfür einen »Nationalen Plan für das gute Leben« für den Zeitraum von 2009 bis 2013. Dieser entstand durch einen partizipativen Prozess nationaler Konsultationen mit der Zivilgesellschaft. Er setzt verstärkt auf Bildung und Informationstechnologien, Investitionen in Infrastruktur und in das Gesundheitssystem und auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für urbane und ländliche Gegenden. Zudem verfolgt die Regierung eine Strategie der regionalen Integration Ecuadors innerhalb Lateinamerikas und fordert eine stärkere Diversifizierung ihrer Wirtschaft, um die Abhängigkeit von Importen zu verringern. Der Plan zielt bereits auf eine vom Öl unabhängige Gesellschaft und eine Demokratisierung der Produktionsmittel. Allerdings basieren drei der vier anvisierten sukzessiven Phasen auf der Basis eines neo-extraktivistischen Wirtschaftsmodells – einer Neuauflage eines für Lateinamerika typischen ökonomischen Systems, das auf dem Export von Rohstoffen basiert und ein Erbe

32 Vgl. Ecuadorianische Verfassung 2008, Art. 72.

33 Vgl. Gudynas 2009, S. 218.

34 Vgl. ebd., S. 216.

der Strukturanpassungsmaßnahmen ist. Derzeit speist sich das nationale Budget weiterhin zu 76,3 Prozent aus dem Export von Primärgütern, vor allem aus der Ölförderung, der Fischerei und dem Obstanbau³⁵ – mit der EU und den USA als den stärksten Abnehmern dieser Güter. Trotz der Bemühungen, diese »Export Matrix« zu verändern, blieb die Abhängigkeit vom Export in den letzten Jahren bestehen. Die Einfuhr von Konsumgütern ist trotz des Ziels der Importsubstitution weiterhin relativ konstant geblieben. Das verfassungsrechtliche Ziel der Ernährungssouveränität wurde ebenfalls bisher nicht erreicht.³⁶

Ecuadors Präsident Correa verteidigt den erneuten Fokus auf den Export von Primärgütern als Übergangsstrategie: Sie soll einerseits die radikalste Armut im Land beseitigen und andererseits das ökonomische Kapital zur Verfügung stellen, um die wirtschaftliche Basis des Landes langfristig neu aufzustellen. Die Wirtschaft der Zukunft soll auf »nicht-endlichen Ressourcen« basieren, insbesondere auf Humankapital – sprich Bildung und Dienstleistungen. Derzeit arbeitet Ecuador an dem Bau einer Stadt der Wissenschaften namens Yachay, die als Symbol für diese Zukunftsgesellschaft gilt. Correa rechtfertigt seine Wirtschaftspolitik folgendermaßen: »Wir müssen den Extraktivismus nutzen, um vom Extraktivismus wegzukommen«.³⁷ Sozialpolitisch lassen sich im Übrigen bereits einige Erfolge der ecuadorianischen Wirtschafts- und Sozialpolitik verzeichnen: eine Verringerung extremer Armut, der sozialen Ungleichheit und der Arbeitslosigkeit.³⁸

Bolivians Abhängigkeit vom Export von Rohstoffen, insbesondere von Erdgas und Soja, auf die 53,5 Prozent der gesamten Exporte entfallen, ist ebenfalls weiterhin hoch.³⁹ Im Regierungsplan für die Jahre 2010 bis 2015 legt die Regierung den verstärkten Abbau natürlicher Ressourcen, insbesondere von Lithium, Kohlenwasserstoff und Erdgas fest, um ihre Wohlfahrtsprogramme zu finanzieren und eine nationale Industrie auf der Basis dieser Ressourcen aufzubauen. Der Export dieser Ressourcen wird zunehmend verstaatlicht und stärker besteuert, um eine Umverteilung der dadurch erzielten Gewinne zu erwirken. Die staatlichen Einnahmen aus dem Öl- und Erdgasgeschäft, das von internationalen Firmen wie beispielsweise der brasilianischen PETROBRAS betrieben wird, fließt in Sozialprogramme gegen Armut, für Bildung und Gesundheit. Darüber hinaus ist der Abbau natürlicher Ressourcen auch innerhalb von Naturschutzparks vorgesehen: Der umstrittene Bau einer Fernstraße in TIPNIS, einem Gebiet, das einst zum indigenen Territorium erklärt worden ist, soll nun den Export von Rohstoffen und Waren fördern, insbesondere ins wachstumsstarke Brasilien und in die Pazifikregion. Die Entscheidung

35 Vgl. CEPAL 2012, S. 87.

36 Vgl. Álvarez 2013, S. xix.

37 Vgl. Schoepp, Correa 2013, S. 7.

38 Der Ginikoeffizient fiel in Ecuador zwischen 2008 und 2010 von 50,6 auf 49,2, und die Armut, gemessen an der 1,25-Dollar-Grenze, durch PPP bereinigt, verringerte sich von 6,5 auf 4,6 Prozent der Bevölkerung, die Arbeitslosigkeit fiel seit 2008 von 7,3 auf 4,1 Prozent im Jahr 2012 (vgl. World Data Bank 2013).

39 CEPAL 2012, S. 87.

über TIPNIS ist wegen starker Proteste jedoch erst einmal auf 2015, nach den diesjährigen Präsidentschaftswahlen, vertagt worden.

Bolivien öffnet sich für eine wirtschaftliche Integration mit Brasilien und wirbt für brasilianische Direktinvestitionen. Neben China wird Brasilien als regionale Wirtschaftsmacht zum vorrangigen Abnehmer der Primärgüter aus den beiden Andenländern. Zwar verdrängen Transformationsländer wie China, Brasilien und Indien, dependenztheoretisch betrachtet, das ehemalige »Zentrum«, sprich die USA, Japan und Europa. Die Produktionsstruktur innerhalb von Bolivien und Ecuador als »peripheren« Staaten verändert sich dadurch jedoch nicht wesentlich. Vielmehr bleiben beide Länder weiterhin vom Export ihrer natürlichen Rohstoffe abhängig.

Éric Toussaint merkt zu dieser Wirtschaftsstrategie des »Neo-Extraktivismus« kritisch an:

»Hätte eine rechte Regierung nicht mit einem starken Widerstand der Indigenen rechnen müssen, wenn sie das Öl auf ihrem Land im bolivianischen Amazonas hätte ausbeuten wollen?«⁴⁰

Präsident Morales rechtfertigt seine Regierungsstrategie dagegen folgendermaßen:

»Gut zu leben bedeutet, mit allem und allen in Harmonie zu leben; unter den Menschen und mit der »Mutter Erde«. Dies führt konsequenterweise dazu, dass wir uns für die Würde von allen einsetzen müssen. Heutzutage ist es wichtiger denn je, dass wir zu teilen lernen und dass wir begreifen, wie wir den Reichtum gleichmäßig verteilen. Was dem Volk gehört, muss auch beim Volke bleiben. Wir müssen die Wirtschaft demokratisieren. Aus diesem Grund nationalisieren wir unsere natürlichen Ressourcen, damit wir diese wieder an das bolivianische Volk zurückgeben können.«⁴¹

Die Idee des guten Lebens widerspricht dieser Interpretation zufolge keineswegs der Ausbeutung von Rohstoffen, sondern verlangt allein, dass die erwirtschafteten Staatseinnahmen zugunsten der bolivianischen Bevölkerung eingesetzt werden. Demnach verfolgt der nationale politische Diskurs der Regierung der MAS eine Definition von *Buen Vivir*, die keineswegs auf einem Paradigmenwechsel der Entwicklungsstrategie als solcher zielt, sondern weiterhin ein Programm der Industrialisierung, des Rohstoffexports und einer monokulturellen Agrarwirtschaft verfolgt, um soziale Harmonie durch Wohlfahrtspolitik zu fördern.⁴²

Der portugiesische Soziologe Boaventura de Sousa Santos beschreibt den Spagat, den Länder wie Bolivien und Ecuador üben, folgendermaßen: Das Paradox liege eben darin, auf zwei gleichermaßen dringliche Bereiche reagieren zu müssen: einerseits auf die Tatsache, die immense soziale Ungleichheit in diesen Ländern beheben zu müssen, und andererseits auf die Erkenntnis, dass sich genau jenes Wirtschaftsmodell, das diese sozialen Probleme lösen soll, selbst in einer Fundamentalkrise befinde und es eines »zivilisatorischen« Wandels noch fundamentalerer Art bedürfe.⁴³ Die extraktivistische Logik, die bemüht wird, um Kapital für einen grundlegenden Wandel in der Zukunft zu erlangen, verstärkt zugleich in der Gegen-

40 Toussaint 2010, S. 5; Übersetzung der Autorinnen.

41 Morales, zitiert in Canessa 2012, S. 14; Übersetzung der Autorinnen.

42 Vgl. Canessa 2012, S. 34; Poma 2011, S. 3.

43 Santos 2007, in Arkonada 2012 a, S. 181-182.

wart die Verletzbarkeit dieser Länder durch schwankende Weltmarktpreise und verfestigt ihre periphere Position auf dem globalen Markt durch die einseitige Ausrichtung ihrer Ökonomie. Diese Strategie zeugt erneut von einem linearen Entwicklungsverständnis, in welchem sich die aktuelle Politik als strategischer Schritt rechtfertigen lässt, der sich durch das Meta-Ziel einer noch nicht als solcher spezifizierten, transformierten, radikal anderen Wirtschaftsform der Zukunft legitimieren soll.

Das von Santos angesprochene Paradox der Zielkonflikte und das von Gudynas in der bolivianischen Verfassung identifizierte utilitaristische Verständnis der Natur helfen auch, die Kontroverse über das Yasuní-Projekt in Ecuador zu verstehen: Correa schlug der Weltgemeinschaft vor, kein Öl im Yasuní-Nationalpark zu fördern, die dortige Biodiversität und die dort lebenden nicht kontaktierten indigen Gruppen zu schützen, sofern sein Land Ausgleichszahlungen von der internationalen Gemeinschaft für das so entgangene Geld erhält. Das Yasuní-Projekt zeugt einerseits von einem nach wie vor instrumentellen Verständnis der Natur, das diese zur Ware erklärt und zum Verkauf anbietet. Andererseits sollte das Projekt dazu dienen, den globalen Norden auf seine historische Verantwortung zu verpflichten und das Kapital zur Verfügung zu stellen, eine neue Wirtschaftsordnung aufzubauen, die allen Ecuadorianern zugute kommen soll. Aufgrund mangelnder internationaler Zusagen beendete Correa jedoch im Sommer 2013 die Initiative, und das Parlament beschloss daraufhin, zukünftig Öl im Yasuní Nationalpark zu fördern.

3.2 Widersprüche und Konfliktlinien einer Politik des guten Lebens

Den Kritikern zufolge vollziehen die aktuellen Regierungen Boliviens und Ecuadors keine radikale Abkehr vom *Mainstream*-Entwicklungsdiskurs. Atawallpa M. Oviedo Freire wettet gegen die Regierungen beider Länder wie folgt:

»Rafael Correa und Evo Morales sprechen von *Buen Vivir* als einer andischen Tradition. Jedoch ist das Einzige, was daran andin geblieben ist, ihr äußerer Stempel. Denn sobald sie die Idee des guten Lebens politisch umzusetzen versuchen, geht diese völlig in einem konventionellen Entwicklungsmodell auf.«⁴⁴

Doch wie lässt sich diese Verwässerung der Idee des guten Lebens erklären? Mithilfe des zu Beginn gezeichneten Rahmens zur Differenzierung zwischen einem sozialkritischen und einem politischen Diskurs lassen sich drei unterschiedliche Ebenen der Adaption und Transformation des sozialkritischen Diskurses über *Buen Vivir* herausarbeiten.

Bereits in der juristischen Fassung von *Buen Vivir* ließen sich folgende Widersprüche identifizieren: Die bolivianische Verfassung verlangt einerseits die Orientierung an den Bedürfnissen der Natur und setzt andererseits als nationales Ziel fest, dass die natürlichen Ressourcen für das Wohl der Bevölkerung genutzt werden sollen. An dieser Stelle erweisen sich *Pachamama* und Neo-Extraktivismus als zwei miteinander unvereinbare Verfassungsziele. Die ecuadorianische Regierung betont dagegen vor dem Hintergrund von *Pachamama* die Regeneration und Bewahrung der Natur, rechtfertigt jedoch als mittelfristigen Weg ebenfalls ein neo-extraktivistisches Wirtschaftsmodell. Auch dies ist zumindest mittelfristig ein Widerspruch.

44 Freire 2012, S. 201; Übersetzung der Autorinnen.

Als Drittes wäre die Frage zu stellen, inwiefern das Wohlfahrtsverständnis in Form von höherem Konsum und energieintensiver Lebensformen der Massen nicht bereits definitorisch der Idee der *Pachamama* zuwiderläuft und mit den Rechten einer regenerationsbedürftigen Natur kollidiert.

Auf einer makrostrukturellen Ebene lassen sich die Einbettung der Andenländer in eine internationale Arbeitsteilung, die einseitige Integration in den Weltmarkt und die gleichzeitig schwache Integration innerhalb Lateinamerikas als faktische Hürden identifizieren. Als Erbe der Ära der Strukturanpassungsmaßnahmen sind beide Länder weiterhin auf den Import von Nahrungsmitteln und Konsumgütern angewiesen und erwerben ihre Devisen vorrangig durch den Export von Primärgütern. Dabei spielen Transformationsländer wie China und Brasilien zwar als Handelspartner neuerdings eine wichtige Rolle, führen aber jene tradierte Rollenverteilung zwischen Zentrum und Peripherie fort. Dieses Phänomen zeugt von der Schwierigkeit, eine Politik des guten Lebens trotz der Rhetorik der angestrebten Autarkie auf der Ebene eines Nationalstaates umzusetzen. Dass sich überdies die bolivianische Opposition, die sich vorrangig aus Großgrundbesitzern und agrarindustriellen Eliten in den östlichen Tieflandprovinzen zusammensetzt,⁴⁵ gegen viele Reformen stellt und über eine nicht unerhebliche finanzielle und politische Macht verfügt, macht die Lage nicht einfacher.⁴⁶ Diese Faktoren erschweren die jeweilige Transformation des Entwicklungsmodells beider Länder und begrenzen den Handlungsspielraum der Regierungen.

Auf einer dritten Analyseebene lassen sich die Kämpfe um die Deutungshoheit des Begriffs und dessen Vereinnahmung für unterschiedliche politische Interessen beschreiben: In dem Prozess der Überführung des sozialkritischen Diskurses in einen Diskurs »indigenisierter« Politik wird das Prinzip des guten Lebens zu einem Bestandteil eines Machtkampfes zwischen divergierenden sozialen Interessenlagen unterschiedlichster Akteure. Dabei erweist sich die Frage der Deutungshoheit über *Buen Vivir* als zentral. Da die Bedeutung von *Buen Vivir* selbst umstritten ist, bedarf es neben seiner juridischen Spezifikation auch eines Verständnisses seiner wesentlichen Inhalte im politischen Diskurs. Insofern die Idee des guten Lebens vorrangig als indigenes Konzept verstanden wird, stellt sich die Frage, wer über die Autorität verfügt, als Indigene oder im Namen der Indigenen dieses Prinzip inhaltlich festzulegen. Indigene Gruppen, die sich gegen neoliberale Reformen aussprechen, tun dies nicht notwendigerweise als Indigene.⁴⁷ Ganz im Gegenteil gibt es indigene Gruppen, die durchaus das gegenwärtige kapitalistische Modell befürworten. So kann man Formen der ungeschützten Ausbeutung der Arbeitskraft innerhalb des Familienkreises auch als einen »andischen Kapitalismus« bezeichnen, der sich der »progressiven« Gesetzgebungen seitens der linken Regierung entzieht.⁴⁸ Überdies bestehen Interessenkonflikte zwischen den Hochland- und den Flachlandbewohnern, zwi-

45 Vgl. Stefanoni 2011, S. 17.

46 Vgl. Toussaint 2010, S. 2; Schilling-Vacaflor 2011, S. 14.

47 Vgl. Canessa 2012, S. 12.

48 Toussaint 2010, S. 4.

schen den Kokabauern und den Landlosen, zwischen den Bauern und den Großstadtbewohnern. Diese Konflikte können nicht durch eine scheinbar allumfassende offizielle und verfassungsrechtlich verankerte Terminologie *der* Indigenen als vermeintlich homogener Gruppe (span.: *indígena originario campesino*)⁴⁹ aufgelöst werden. Canessa erklärt dieses zentrale Problem der Definitionsmacht folgendermaßen:

»Im heutigen Bolivien gibt es, grob gesehen, zwei indigene Diskurse: Im Ersteren werden indigene Völker und Werte als die Grundlage des Nationalstaates betrachtet, und es wird versucht, eine allumfassende Indigenität für die Mehrheit der bolivianischen Bürger zu konstruieren. Im Letzteren stehen der Respekt für kulturelle Differenzen in ihren vielfachen Ausdrucksformen und der Schutz marginalisierter Bevölkerungsgruppen gegenüber dem Staat im Zentrum.«⁵⁰

Die Bezugnahme auf eine einheitliche Identität *des* Indigenen verdeckt diese unterschiedlichen Verständnisse von Indigenität und die innerhalb der Indigenen bestehenden Interessengegensätze. Als Resultat haben Interessenvertretungen der Flachlandbewohner, Organisationen von Ayulla-Gemeinschaften mit kollektiver Landnutzung und feministische Gruppierungen in Bolivien ihre Opposition zu der Regierung Morales geäußert.⁵¹ Diese Gruppen fühlen sich durch die »indigenisierte Politik« der Regierung vereinnahmt und zugleich nicht angemessen repräsentiert. Die Politik des starken Staates, wie sie insbesondere in der politischen Linken Lateinamerikas Tradition hat, scheint nicht in der Lage zu sein, dem kommunitaristischen und basisdemokratischen Charakter der Vision des guten Lebens in seiner faktischen Mannigfaltigkeit gerecht zu werden.

All diese Aspekte zeigen, dass *Buen Vivir* als ein Gegenmodell, das seine Legitimität unter anderem daraus speist, von jahrzehntelang marginalisierten Gruppen selbstbewusst als sozialkritischer Diskurs artikuliert worden zu sein, sich zu einer neuen Form der Realpolitik gewandelt hat. Das politische Projekt des guten Lebens muss sich nun den internen Konflikten, äußeren Hindernissen und immanenten Widersprüchen seines eigenen regulativen Ideals selbstkritisch stellen.

Doch wie verhält es sich mit der lateinamerikanischen »progressiven« Linken, die sich ebenfalls darum bemüht, ein neues Modell gesellschaftlichen Zusammenlebens in Abgrenzung zum »Westen« beziehungsweise zum »globalen Norden« zu erproben? Als Vergleichsbeispiel dieses neuen Politikstils diskutieren wir als Nächstes die diskursive Rechtfertigung und praktische Politik des Linksbündnisses des Präsidenten José Mujica in Uruguay.

4. Uruguay und die Neue Linke – eine konsequente Politik für die Armen?

Vordergründig zeugen die jüngsten Entwicklungstrends in Uruguay von einer positiven Bilanz der Entwicklung des Landes innerhalb der letzten Jahre. Uruguay schneidet bei Messungen des Indexes der »menschlichen Entwicklung« (HDI) gut

49 Bolivianische Verfassung 2009, Art. 2.

50 Canessa 2012, S. 33; Übersetzung der Autorinnen.

51 Vgl. Schilling-Vocafloer 2011, S. 11-12.

ab. Gemäß dem UNDP-Bericht aus dem Jahr 2013 besetzt das Land die 51. Position auf dieser Rangliste für die sogenannte »menschliche Entwicklung« und zählt damit zu jenen Ländern Lateinamerikas mit einem guten Abschneiden in diesem Bereich.⁵² Während der letzten Jahre konnte Uruguay ein beständiges Wachstum seines Bruttoinlandsprodukts aufweisen. Armut, absolute Armut und Arbeitslosigkeit haben in den letzten fünf Jahren abgenommen.⁵³ Diese Trends sind in Jahren der globalen Finanzkrise für eine kleine Wirtschaftseinheit wie Uruguay ein außergewöhnlich gutes Ergebnis. Sie sind das Resultat der Armutsbekämpfungsprogramme einer Regierung, die bestrebt ist, die soziale Ungleichheit im Land zu verringern und jene Sektoren zu stärken, die unter der neoliberalen Politik der 1990er Jahre gelitten haben.

Frente Amplio, die im Jahre 2005 an die Macht gekommene linke Koalition, ergriff in den letzten Jahren besondere sozialpolitische Maßnahmen, die bis zu 80.000 Haushalte erreichten. Diese Maßnahmen beinhalteten monetäre Transferleistungen für Bürger, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze lag, und Weiterqualifizierungsangebote für arbeitssuchende Menschen. Zwei Jahre nach Einführung dieser »Notfallmaßnahmen« wurde der Maßnahmenkatalog von einem Gleichstellungsplan abgelöst, der eine Reform des Gesundheitssystems, eine Steuerreform, Arbeitsbeschaffungsprogramme, sozialen Wohnungsbau, Bildungspolitik und die Gleichstellung der Geschlechter beinhaltete.

Trotz dieses Engagements der Regierung hat sich wenig am wirtschaftlichen System selber und der fundamentalen Chancenungleichheit geändert. Dies lässt sich im Bereich der Bildung zeigen: Gemäß dem Bericht der UNICEF aus dem Jahr 2010 über das Sekundarschulwesen hat nur ein Drittel der 25- bis 29-jährigen Erwachsenen einen weiterführenden Abschluss erreicht. Uruguay hat wenig Fortschritte dahingehend erzielt, die Bildungschancen der nächsten Generation zu erhöhen. Damit enttäuscht das Land die übliche Erwartung einer Gesellschaft mit einer wachsenden Ökonomie, dass die jüngere Generation ein höheres Ausbildungsniveau als die ältere Generation erreichen wird. 1990 belegte Uruguay noch den vierten Platz in Lateinamerika bezüglich der Zahl derjenigen jungen Erwachsenen, die mit Anfang zwanzig eine weiterführende Schule besucht haben. Während in den letzten 20 Jahren in anderen Ländern der Region erhebliche Bildungsfortschritte erzielt wurden, rutschte Uruguay in dieser Statistik auf den zehnten Platz ab.⁵⁴ Nur rund sechs Prozent der Jugendlichen aus sozial schwächeren Haushalten erreichten überhaupt einen weiterführenden Bildungsabschluss. Nimmt man noch Ethnizität als Faktor hinzu, so lässt sich zeigen, dass nur 38,8 Prozent der Jugendlichen mit afrikanischen Wurzeln zwischen 20 und 29 Jahren überhaupt die Sekundarstufe (9. Klasse) abgeschlossen haben – im Vergleich zu 67,4 Prozent der restlichen Bevöl-

52 Vgl. UNDP 2013, S. 144.

53 Armut, gemessen am durchschnittlichen Einkommen, sank von 34,5 Prozent im Jahr 2006 auf 18,6 Prozent im Jahr 2010. Extreme Armut sank in der gleichen Zeitspanne von 2,7 auf 1,1 Prozent, und die Arbeitslosigkeit reduzierte sich um die Hälfte auf 5,5 Prozent (CNPS 2011, S. 16).

54 Vgl. UNICEF 2010, S. 15-18.

kerung in dieser Altersstufe.⁵⁵ Im Bereich der Beschäftigung von jungen Erwachsenen gibt es ebenfalls enttäuschende Ergebnisse: 2009 besuchten etwa neun Prozent der Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren, insbesondere aus ärmeren Schichten, weder die Schule, noch hatten sie Arbeit.⁵⁶

Diese Statistiken zeigen, dass trotz eines Regierungsdiskurses, der Bildung zur Erreichung der Chancengleichheit seiner Bürger auf seine Agenda gesetzt hat⁵⁷ und in den vergangenen Jahren beständig sein Bildungsbudget erhöhte, weiterhin ein hoher Prozentsatz an Jugendlichen keinen effektiven Zugang zu Bildung hat.

Eine weitere beunruhigende Tendenz ist die wachsende Gewalt, insbesondere im häuslichen Milieu. Zwischen 2010 und 2012 hat sich die Kriminalitätsrate ver-sechsfacht. Totschlagsdelikte sind 2012 um rund zehn Prozent angestiegen, und die Zahl der registrierten Vergewaltigungen nahm im selben Jahr um ein Drittel zu. Die häusliche Gewalt, die lange auf einem konstanten Niveau geblieben war, schnellte 2012 ebenfalls um ein Drittel in die Höhe, wobei allein 2011 mehr als 30 Frauen aufgrund der Folgen von häuslicher Gewalt starben.⁵⁸

Diese Phänomene entfachten jüngst eine hitzige Debatte zwischen Abgeordneten der Regierung und der Opposition, zwischen Wissenschaftlern und Vertretern der Zivilgesellschaft. Dabei erwiesen sich Bildung, Gewalt und ein Mangel an gesellschaftlichem Zusammenhalt (span.: *convivialidad*) als zentrale Themenfelder. Die Regierungspartei machte auf verschiedene Weisen klar, dass sie die Sorgen der Bürger ernst nimmt. Sie präsentierte im Juni 2012 einen Maßnahmenkatalog mit dem Titel »Maßnahmen für ein friedliches Zusammenleben« (span.: *Medidas para una convivencia pacífica*). Er umfasste vor allem strafrechtliche Instrumente zur Abschreckung von potenziellen Straftätern. So wurden Haftstrafen erhöht, Änderungen im Jugendstrafgesetz vorgenommen und Kompensationsmaßnahmen für Opfer von Gewalt beschlossen. Dazu kam die Legalisierung von Marihuana, die den Drogenhandel und damit verbundene Gewalt eindämmen soll.⁵⁹ Der Maßnahmenkatalog wurde im Rahmen einer im nationalen Fernsehen ausgestrahlten Pressekonferenz vom Präsidenten verkündet. Der Präsident Mujica kommentierte diese jüngsten Entwicklungen wie folgt:

»Das Leben ist beinahe ein Wunder. Jedoch ein flüchtiges Wunder. Es stellt das Grundlegendste aller unserer gemeinsamen Werte dar. Daher muss das Leben an sich verteidigt und geschützt werden. Es scheint, dass wir in dieser besonderen Zeit, in welcher wir an Reichtum hinzugewonnen haben und sich unser Alltag mit stets neuen materiellen Dingen füllt [...], zu vergessen beginnen – gerade weil wir so viel mehr Reichtum Tag für Tag anhäufen –, dass unsere zentrale Aufgabe in der Verteidigung des Lebens an sich besteht.«⁶⁰

55 Vgl. ebd., S. 27-30.

56 Ministerio de Educación y Cultura 2010, S. 18.

57 Der Präsident José Mujica bezeichnete bei seiner Regierungsübernahme Bildung als sein prioritäres Anliegen.

58 Vgl. Ministerio del Interior 2012.

59 Im Dezember 2013 wurden diese Maßnahmen vom Senat beschlossen und sollen in der zweiten Hälfte des Jahres 2014 in Kraft treten. Der legale Verkauf wird von einer staatlichen Regulierung des Handels und des Konsums begleitet.

60 Mujica 2012; Übersetzung der Autorinnen.

Auch wenn Präsident Mujica in seiner Rede den Wert des Lebens an sich in Abgrenzung zu materiellem Konsum betonte, wurden keine Maßnahmen – oder wenigstens für die Gesellschaft diskussionswürdige Vorschläge – erarbeitet, welche auch das aktuelle Entwicklungsmodell des Landes als Ganzes miteinbezögen. Dieses Modell basiert historisch, wie auch in anderen Ländern der Region, auf Wirtschaftswachstum, Privatisierung und einem intensiven Rohstoffabbau. Die Regierung zielt auf ausländische Investitionen, insbesondere im Bereich des Abbaus natürlicher Ressourcen.⁶¹ Dieser Neo-Extraktivismus umfasst insbesondere den Bergbau, die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und die Primärgüter des Landes.⁶² Uruguays Wirtschaft ist damit ebenso wie die Boliviens und Ecuadors in hohem Maße von seinen Rohstoffexporten abhängig, was auch hier als Erbe der neoliberalen Struktur Anpassungsmaßnahmen der 1990er Jahre gilt.⁶³

Ökologische Forderungen, beispielsweise gegen den ungezügelter Gebrauch von Pestiziden, blieben bisher größtenteils ungehört.⁶⁴ Umweltpolitische Bedenken bezüglich der Bergbauindustrie finden in politischen Kreisen ebenfalls wenig Beachtung. Statt dezentrale umweltbewusste Unternehmen zu unterstützen, förderte die Regierung Monokulturen und die Nutzung von Land für eine extensive Forstwirtschaft und Sojaproduktion.⁶⁵ Diese einseitige Ausrichtung führt zu einer vermehrten Landflucht und zur Degradierung der Böden.

Was sich seit der Regierungsübernahme durch *Frente Amplio* wesentlich verändert hat, ist lediglich die Verwendung der Gewinne aus dem Rohstoffabbau, nämlich zur gezielten Wirtschaftsförderung, für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Gehälter, zur Förderung der internen Nachfrage und für wohlfahrtsstaatliche Programme. Erneut lassen sich Widersprüche innerhalb des Rechtfertigungsnarrativs und im Verhältnis zu seiner politischen Umsetzung herausarbeiten.

4.1 Die Aporie: Eine Kultur der Genügsamkeit, Konsumkritik und ein konventionelles Leitbild von Entwicklung

Die Widersprüche zwischen der Rhetorik der Regierung und ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik sind deutlich erkennbar. Die Betonung des intrinsischen Werts des menschlichen Lebens und der zentralen Bedeutung von sozialer Harmonie (span.: *convivialidad*) von Präsident Mujica als Reaktion auf die gesellschaftliche Krise hat sich nicht in eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik übersetzt. Obgleich er die nichtmateriellen Aspekte des menschlichen Lebens, wie gegenseitige Fürsorge und

61 Uruguay belegt bei den Auslandsinvestitionen den 12. Platz der Länder in Lateinamerika und der Karibik und verzeichnet hier ein Wachstum von 8,18 Prozent. Der UNCTAD-Bericht betont, Uruguay sei attraktiv für Direktinvestitionen, weil es reich an natürlichen Ressourcen sei und über eine konsumfreudige Mittelklasse verfüge (vgl. UNCTAD 2013).

62 Acosta 2013.

63 20 Prozent der Exporte Uruguays bestehen aus Primärgütern, vor allem aus Soja und Fleisch (CEPAL 2012, S. 87).

64 Vgl. Gudynas 2011 c.

65 Vgl. UNDP 2012, S. 35.

einen stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt, ins Zentrum seiner Überlegungen rückte, blieb seine Politik davon fast unberührt, und das Regierungskabinett konzentriert sich weiterhin auf Ziele wie Wirtschaftswachstum, verstärkten Konsum und Abwehr von Gewalt und Kriminalität. Während Mujica als öffentliche Person für ein Leben in selbst gewählter Einfachheit steht und einen Großteil seines Gehalts spendet – und daher als der ärmste Präsident der Welt gilt –, so lässt sich der von ihm geführte sozialkritische Diskurs der Enthaltensamkeit und Konsumkritik nicht auf seinen Regierungskurs übertragen.

Obwohl der Sozialismus des 21. Jahrhunderts eigentlich eine erhöhte Autonomie der Länder des globalen Südens und Ernährungssicherheit anstrebt und dafür regionale Produktionszyklen innerhalb Lateinamerikas stärken möchte, zeichnet sich in der Realität ein anderes Bild ab: Die guten Weltmarktpreise für Rohstoffe der Länder der MERCOSUR, insbesondere für den Export nach Asien, hat deren Abhängigkeit vom Exportsektor verstetigt. Auf der anderen Seite importiert das Land weiterhin in verstärktem Maße Konsumgüter des alltäglichen Lebens vom internationalen Markt, was den Aufbau nationaler Industriezweige behindert und die Abhängigkeit des Landes vom Weltmarkt verstärkt.

Umverteilung wird auch in Uruguay mit sozialem Wandel gleichgesetzt, ohne notwendigerweise an der Grundstruktur des Entwicklungsmodells zu rütteln. Das Regierungsbündnis *Frente Amplio* hat in der Tat in den letzten acht Jahren wichtige Reformen umgesetzt (insbesondere was die Gesundheitsvorsorge, das Sozialwesen und das Steuersystem anbelangt), die das Los der Ärmsten verbesserten. Diese Reformen verblieben jedoch innerhalb der Rahmenbedingungen einer auf der Ausbeutung natürlicher Ressourcen basierenden Ökonomie mit dem Ziel einer erhöhten Produktivität und Konsumtion. Auch wenn wichtige soziale Dienstleistungen mittlerweile einer größeren Bevölkerungsgruppe zugänglich sind, so besteht doch weiterhin eine erhebliche Diskrepanz zwischen der öffentlichen und der privaten Versorgung. *Frente Amplio* hat keine Maßnahmen beschlossen, die das bisherige Wirtschaftssystem als solches infrage gestellt hätten, ökologische Überlegungen einbezögen – wie in Ecuador und Bolivien – oder auf eine Überwindung der Rohstoffabhängigkeit der Wirtschaft abzielten. Die in die Rhetorik der Neuen Linken Lateinamerikas gekleidete Regierungspolitik hat das vom Washington-Konsens durch Deregulierungen und Markt Anpassungsmaßnahmen geprägte Wirtschaftssystem erschreckenderweise mehr oder minder intakt gelassen.

Weder hat sich die Regierung Uruguays als Reaktion auf die von ihr selbst thematisierte gesellschaftliche Krise von einem konventionellen Entwicklungsmodell entfernt, noch haben dies die Regierungen von Bolivien und Ecuador erreicht. Deren nationale Entwicklungsstrategien, die explizit darum bemüht schienen, aus der Sackgasse eines wachstumsbasierten Entwicklungsmodells herauszuführen, haben zu keiner Schwerpunktverlagerung weg von Industrialisierung, Modernisierung und Ressourcenausbeutung hin zu einer neuen Form der wirtschaftlichen und sozialen Organisation geführt. Letztlich wird in allen drei Ländern ein Neo-Extraktivismus bemüht, der durch die staatszentrierte Industrialisierung vorrangig darauf abzielt, eine breite Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und die Armut zu reduzieren. Diese staatlich gelenkte Politik wird in Bolivien und Ecuador als eine Über-

gangsstrategie dargestellt, die in einer weiteren Phase zu einem auf »nicht-endlichen Ressourcen« basierenden, kommunitären und demokratischen Wirtschaftssystem führen soll. Was hindert diese Länder in der aktuellen Lage daran, einen tiefergreifenden Wandel herbeizuführen, welcher der Rhetorik ihrer Rechtfertigungen einer progressiven linken oder an den Idealen eines guten Lebens orientierten Politik tatsächlich gerecht würde?

5. Schlusswort: Eine neue Zeitlichkeit politischen Handelns

Trotz der Belege für wachsende soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung durch die konventionellen Entwicklungsmodelle lässt sich in den meisten Ländern keine Mehrheit dafür begeistern, Produktionsverhältnisse radikal zu verändern. Vielmehr sehnen sich viele Menschen insbesondere im globalen Süden allem Anschein nach weiterhin nach Wachstum, um einen mit dem globalen Norden vergleichbaren Lebensstandard zu erreichen.⁶⁶ Selbst zwei Jahrzehnte, nachdem Post-Entwicklungstheoretiker/innen das Ende der Entwicklungsära verkündet haben, strebt die breite Bevölkerung der Industrie- und Transformationsländer nach der Technologie der Industrieländer, nach einer Anbindung an eine globale Informationsgesellschaft und nach dem Zugriff auf Konsumgüter und Dienstleistungen einer postfordistischen Industrie. Diese Ökonomie der Bedürfnisse ist trotz der wissenschaftlich viel diskutierten Einsichten in die Widersprüche konventioneller Entwicklungsstrategien relativ konstant geblieben. Ganz in diesem Sinne spiegele die Wirtschaftsstrategie Boliviens eine »tiefe Sehnsucht nach Modernisierung« der Bolivianer, die sich letztlich als wirkmächtiger erweist als ihre biozentrische Version eines guten Lebens und eines postkapitalistischen Wirtschaftssystems, argumentiert der Journalist Pablo Stefanoni.⁶⁷ Der Ruf nach einem starken Staat entspricht diesem Verlangen nach einem materiellen Mindeststandard für die breite Bevölkerung. So lässt sich ein Spannungsverhältnis zwischen dem Wunsch nach kultureller Anerkennung der unterdrückten indigenen Bevölkerungsteile und dem Verlangen der Wähler nach einem Wohlfahrtsstaat, der die massiven sozialen Probleme dieser Länder aktiv bekämpft, identifizieren. Die Wähler dieser Länder wollen allem Anschein nach beides – eine Ökonomie, die sich auf das Leben an sich, die Harmonie mit der »Mutter Erde« und die soziale Gemeinschaft ausrichtet, und zugleich einen angemessenen Lebensstandard, eine grundlegende Infrastruktur, Zugriff auf Dienstleistungen und Konsumgüter, die mit denjenigen im »Westen«, in Europa und den USA, vergleichbar sind. Ein Wirtschaftssystem, welches beide Ziele vereint, haben die jeweiligen Regierungen noch nicht hervorgebracht. Neben einer mangelnden Spezifikation dieser wirtschaftspolitischen Strategien behindern auch Machtkämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen und sozialen Schichten sowie Interessenkonflikte zwischen einzelnen Berufsgruppen den Versuch, radikal neue Pfade gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Organisation auszuprobieren.

66 Vgl. Sachs 2010.

67 Stefanoni 2011, S. 17.

Die Antizipation von Glück als harmonisches Dasein innerhalb einer Gemeinschaft und im Einklang mit der Natur, wofür *Buen Vivir* paradigmatisch steht, wurde im Prozess seiner bisherigen Implementation erneut mit dem Glücksversprechen der modernen Industriegesellschaft und des Kapitalismus gleichgesetzt und im Lichte dieses kapitalistischen Glücksverständnisses interpretiert. Soziologische Studien zeigen, dass sich das subjektive Gefühl eines »guten Lebens« nicht korrelativ zum Bruttoinlandsprodukt und zum Wirtschaftswachstum im Allgemeinen verhält.⁶⁸ Dieselben Studien weisen darauf hin, dass ab einer gewissen Höhe des Bruttoinlandsprodukts Länder häufig von steigenden Kriminalitätsraten, Drogenhandel und Korruption heimgesucht werden. Dabei scheint diese Transformationsphase einer nachholenden Modernisierung von einem Gefühl der beständigen Unzufriedenheit, der Unsicherheit und der Angstzustände – insbesondere der Mittelklasse – begleitet zu werden, ebendiesen neuen Lebensstandard aufrechterhalten zu können.⁶⁹ Ganz in diesem Sinne ließ sich am Fallbeispiel von Uruguay zeigen, wie das Glücksversprechen nachholender beziehungsweise peripherer Entwicklung nur partiell eingelöst wurde, da konventionelle Entwicklungsstrategien weiterhin mit der Produktion sozialer Ungleichheit, einer Differenzierung zwischen privatem und öffentlichem Sektor, der Abhängigkeit vom internationalen Markt, einer zunehmenden sozialen Desintegration und Gewalt einhergehen.

Buen Vivir als oppositioneller Diskurs gegen ein verkürztes ökonomistisches Entwicklungsverständnis wurde durch dessen normative Umdeutung hin zu einem kapitalistischen Glücksversprechen für den Einzelnen im Prozess seiner Implementierung ausgehöhlt. Dies zeigt sich auch daran, dass sich die nationalen Programme zur politischen Operationalisierung von *Buen Vivir* in den Andenländern erneut an konventionellen Entwicklungsindikatoren zur Messbarkeit ihrer Erfolge orientieren und damit das innovative Potenzial des an sich sozialkritisch wirkmächtigen Diskurses auf der Basis eines anderen Verständnisses von Lebensqualität verlieren.

Letztlich sind auch die politischen Institutionen in diesen Ländern, ebenso wie im globalen Norden, derart beschaffen, dass sie ein radikales Umdenken – wie es eine Übersetzung von dem sozialkritischen Diskurs von *Buen Vivir* in einen zeitgenössischen politischen Diskurs erfordern würde – aus systemischen Gründen verhindern, weil eine konsequente Umsetzung der Idee des guten Lebens einer neuen Zeitlichkeit politischen Handelns und ganzheitlicher Politikstrategien bedürfte. Ein demokratischer Parlamentarismus innerhalb eines kompetitiven Mehrparteienstaates mit regelmäßigen Wahlgängen fördert dagegen schnelllebiges und spartenpolitisches Denken, indem es die Regierungen dazu zwingt, durch messbare und allgemein sichtbare Erfolge ihre Wiederwahl sicherzustellen. Bereits durch diesen kurzfristigen und erfolgsorientierten Horizont politischer Implementierungsprozesse ergeben sich Schwierigkeiten dahingehend, Projekte mit dem Anspruch eines tiefgreifenden sozialen Wandels erfolgreich einzuleiten. Zudem ist das hegemoniale Entwicklungsd Denken weiterhin linear konzipiert und geht von aufeinanderfolgenden Phasen wirt-

68 Vgl. Bauman 2010.

69 Vgl. ebd., S. 11.

schaftlicher Entwicklung aus.⁷⁰ Die andische Vision eines guten Lebens verlangt einen epistemischen Bruch mit dieser Form teleologischen Denkens. Dessen ungeachtet rechtfertigen die Regierungen Boliviens und Ecuadors die ökologisch und sozial destruktive Politik von heute mit potenziellen Effekten von morgen. *Buen Vivir* geht als sozialkritischer Diskurs jedoch eben nicht von der Vision einer immer besseren, komfortableren und effizienteren Welt aus. Vielmehr fordert die Idee eines guten Lebens das politische Denken dazu auf, die Beziehungen zwischen Mensch und Umwelt, Materie und Nicht-Materie und Vergangenheit und Zukunft grundsätzlich zu überdenken und ganzheitliche Politikansätze hervorzubringen. Diese neuartige Form von Politik aus Institutionen heraus generieren zu wollen, die stark von der westlichen Moderne geprägt sind, ist vielleicht eines der vertracktesten Übersetzungsprobleme, mit denen sich diejenigen Länder konfrontiert sehen, die heute ihren Politikstil im Namen der andischen Kosmvision des guten Lebens rechtfertigen.

Aufgrund dieser Widersprüche und makrostrukturellen Hürden konnten die neuartigen Transformationsmodelle aus Lateinamerika trotz ihrer intellektuellen Innovationskraft bisher im politischen Operationalisierungsprozess noch nicht dasjenige kritische Potenzial entfalten, das bei vielen linken Entwicklungstheoretikern in Europa in den vergangenen Jahren Euphorie auslöste. Wir haben in unseren Analysen der Implementierungsprozesse in diesen drei Ländern der Neuen Linken Lateinamerikas aufgezeigt, dass deren Versuche der Umsetzung radikaler Impulse für gesellschaftlichen Wandel bisher in konventionelle ökonomische Maßnahmen klassischer Modernisierungstheoreme mündeten und dadurch an subversiver Kraft verloren. Trotz dieser negativen Diagnose lässt sich zugestehen, dass die wohlfahrtsstaatlich ausgerichtete Politik der Regierungen der Neuen Linken Lateinamerikas breiten Schichten der jeweiligen Bevölkerungen zugute kam und es abzuwarten bleibt, ob ein längerer – oder anderer – Zeithorizont auch zu einer tatsächlich neuen Politik eines guten und gerechten Lebens führen wird.

Literatur

- Acosta, Alberto 2010. »Wir müssen ›global‹ denken«, in *die tageszeitung* vom 24. April 2010. www.taz.de/!51612/ (Zugriff vom 03.03.2014).
- Acosta, Alberto 2013. »Vom guten Leben. Der Ausweg aus der Entwicklungsideologie«, in *Blätter für deutsche und internationale Politik* 58, 2, S. 91-99.
- Álvarez, Santiago García 2013. *Sumak kawsay o buen vivir como alternativa al desarrollo en Ecuador. Aplicación y resultados en el gobierno de Rafael Correa (2007-2011)*. Manuskript der Doktorarbeit, eingereicht bei der Universidad Complutense de Madrid, Juni 2013.
- Arkonada, Katu 2012 a. »Propuestas para la transición. Nuevo moelo económico y Nuevo enfoque de políticas públicas bajo el horizonte del Vivir Bien«, in *Transiciones hacia el Vivir Bien o la construcción de un Nuevo proyecto político en el Estado Plurinacional de Bolivia*, hrsg. v. Arkonada, Katu, S. 181-196. La Paz: Ministerio de Culturas, Estado Plurinacional de Bolivia.
- Arkonada, Katu. Hrsg. 2012 b. *Transiciones hacia el Vivir Bien o la construcción de un Nuevo proyecto político en el Estado Plurinacional de Bolivia*. La Paz: Ministerio de Culturas, Estado Plurinacional de Bolivia.

70 Vgl. Burchardt 2011, 436.

- Bauman, Zygmunt 2010. *Wir Lebenskünstler*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Bolivianische Verfassung 2009. *República del Bolivia. Constitución de 2009*. <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Bolivia/bolivia09.html> (Zugriff vom 03.03.2014).
- Bourdieu, Pierre 1997. *Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Burchardt, Hans-Jürgen 2011. »Der Figurationsansatz: Neue Impulse für eine dezentrierte Gesellschaftsanalyse?«, in *Leviathan* 39, 3, S. 435-446.
- Canessa, Andrew 2012. »Conflict, claim and contradiction in the new indigenous state of Bolivia«, in *desiguALdades.net*. Working Paper Series, No. 22. Berlin: Research Network on Interdependent Inequalities in Latin America.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina) 2012. »Panorama de la inserción internacional de América Latina y el Caribe. Crisis duradera en el centro y nuevas oportunidades para las economías en desarrollo. 2011-2012«. www.eclac.org/publicaciones/xml/1/47981/PANINSAL2011-12-DocInformativo.pdf (Zugriff vom 03.03.2014).
- CNPS (Consejo Nacional de Política Social) 2011. *La Reforma Social. La nueva matriz de protección social del Uruguay. Plan de Acción*. Montevideo.
- Craig, David; Porter, Doug 2006. *Development beyond neoliberalism? Governance, poverty reduction and political economy*. London, New York: Routledge.
- Davalos, Pablo 2009. *Reflections on Sumak Kawsay (good living) and theories of development*. www.alainet.org/active/33609 (Zugriff vom 03.03.2014).
- Dieterich, Heinz 2006. *Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts. Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie nach dem globalen Kapitalismus*. Berlin: Kai Homilius Verlag.
- Dübgen, Franziska 2012. »Africa humiliated? Misrecognition in development aid«, in *Res Publica* 18, S. 65-77.
- Dübgen, Franziska 2014. *Was ist gerecht? Kennzeichen einer transnationalen solidarischen Politik*. Frankfurt a. M.: Campus.
- Ecuadorianische Verfassung 2008. *República del Ecuador. Constituciones de 2008*. <http://pdba.georgetown.edu/Constitutions/Ecuador/ecuador08.html> (Zugriff vom 03.03.2014).
- Escobar, Arturo 2012. *Cultura y diferencia: la ontología política del campo de cultura y Desarrollo*. <http://dugi-doc.udg.edu/bitstream/handle/10256/7724/WALEKERU-Num2-p7-16.pdf?sequence=1> (Zugriff vom 03.03.2014).
- Fatheuer, Thomas 2011. *Eine kurze Einführung in Lateinamerikas neue Konzepte zum guten Leben und zu den Rechten der Natur*. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Foucault, Michel 1981. *Archäologie des Wissens*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Fricker, Miranda 2007. *Epistemic injustice: power and the ethics of knowing*. Oxford: Oxford University Press.
- Freire, Atawallpa M. Oviedo 2012. *QUÉ ES EL SUMAKAWSAY. Más allá del socialismo y el Capitalismo*. <http://de.scribd.com/doc/105225870/QUE-ES-EL-SUMAKAWSAY-Mas-Alla-Del-Socialismo-y-El-Capitalismo> (Zugriff vom 03.03.2014).
- Gudynas, Eduardo 2009. »Politische Ökologie: Natur in den Verfassungen von Bolivien und Ecuador«, in *juridikum* 4, S. 214-218.
- Gudynas, Eduardo 2011 a. »Buen Vivir: today's tomorrow«, in *Development* 54, 4, S. 441-447.
- Gudynas, Eduardo 2011 b. *Buen vivir: Germinando alternativas al desarrollo*. Quito: ALAI.
- Gudynas, Eduardo 2011 c. »Die Grenzen des Fortschritts und die Erneuerung der progressiven Bewegungen. Linke und Politische Ökologie in Südamerika«, in *Emanzipation* 1, 1, S. 34-50.
- Gudynas, Eduardo 2012. *Buen Vivir. Das Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum*. Berlin: Rosa-Luxemburg-Stiftung.
- Hartmann, Martin 2002. »Widersprüche, Ambivalenzen, Paradoxien – Begriffliche Wandlungen in der neueren Gesellschaftstheorie«, in *Befreiung aus der Mündigkeit. Paradoxien des gegenwärtigen Kapitalismus*, hrsg. v. Honneth, Axel, S. 221-251. Frankfurt a. M.: Campus.
- Held, David 2004. *Global covenant. The social democratic alternative to the Washington Consensus*. Cambridge: Polity Press.
- Hobsbawm, Eric; Ranger, Terence 1992. *The invention of tradition*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Jaramillo, Efraín 2010. »Mother earth and ›living well‹. New analytical and strategic paradigms for indigenous struggles?«, in *Indigenous Affairs* 1-2, S. 60-63.

- Laclau, Ernesto; Mouffe, Chantal 2001. *Hegemony and socialist strategy: towards a radical democratic politics*. London, New York: Verso.
- Ministerio de Educación y Cultura, República Oriental del Uruguay 2010. *Anuario Estadístico de Educación, Montevideo*. http://educacion.mec.gub.uy/innovaportal/file/9271/anuario_estadistico_2010_-_introduccion.pdf (Zugriff vom 12.03.2014).
- Ministerio del Interior, República Oriental del Uruguay 2012. *National observatory on violence and criminality*. www.minterior.gub.uy/index.php/es/estadisticas (Zugriff vom 01.08.2012).
- Mujica, José 2012. *¿Qué nos está pasando? ¿Por qué tanta violencia?* www.elobservador.com.uy/noticia/226387/mujica-34que-nos-esta-pasando-por-que-tanta-violencia34 (Zugriff vom 03.03.2014).
- Oehrlein, Josef 2014. »Präsident und Bauer. Der Uruguayer ist das ungewöhnlichste Staatsoberhaupt der Welt«, in *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* vom 26. Januar 2014, Nr. 4, S. 7.
- Poma, Muruchi 2011. *Vivir Bien* (»Gut leben«). *Zur Entstehung und Inhalt des »Guten Lebens«*. <http://amerika21.de/analyse/42318/vivir-bien>. (Zugriff vom 03.03.2014).
- Programa de Gobierno 2012. *Programa de Gobierno 2013-2017. Gobernar para profundizar el Cambio. 35 Propuestas para el Socialismo del Buen Vivir*. www.hoy.com.ec/votebienec/planes/pais.pdf (Zugriff vom 03.03.2014).
- República del Ecuador 2009. *Plan Nacional Para el Buen Vivir 2009-2013. Construyendo un Estado Plurinacional e Intercultural*. Quito: Senplades.
- Ruiz Marrero, Carmelo 2011. *The new Latin American »progresismo« and the extractivism of the 21st Century*. www.cipamericas.org/archives/4025 (Zugriff vom 14.03.2014).
- Sachs, Wolfgang 1993. *Wie im Westen so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik*. Hamburg: rororo.
- Sachs, Wolfgang 2010. *The development dictionary. A guide to knowledge as power*. London, New York: Zed Books.
- Samanamud Ávila, Jiovanny 2011. *Es error reducir el Vivir Bien / Buen Vivir a un para-Digma*. <http://fedaeaps.org/cambio-civilizatorio-y-buen-vivir/samanamud-es-un-error-reducir-el> (Zugriff vom 03.03.2014).
- Santos, Boaventura de Sousa 2007. »Beyond abyssal thinking: from global lines to ecologies of knowledges«, in *Review XXX*, 1, S. 45-89.
- Santos, Boaventura de Sousa 2012. »Plurinationaler Konstitutionalismus und experimenteller Staat in Bolivien und Ecuador. Perspektiven aus einer Epistemologie des Südens«, in *Kritische Justiz* 45, 2, S. 163-177.
- Schilling-Vacaflor, Almut 2011. »Bolivia's new constitution: towards participatory democracy and political pluralism?«, in *European Review of Latin American and Caribbean Studies* 90, S. 3-22.
- Schoepf, Sebastian; Correa, Rafael 2013. »Wir wollen mit der Ausbeutung Schluss machen. Ecuadors wiedergewählter Präsident Rafael Correa über seinen verstorbenen Freund Hugo Chávez, Fehleinschätzungen der Europäer, sein konfliktreiches Verhältnis zur Pressefreiheit und den vermeintlichen Gegensatz zwischen Ökologie und Armutsbekämpfung«, in *Süd-deutsche Zeitung* vom 22. April 2013, S. 7.
- Stefanoni, Pablo 2011. »Fünf Jahre mit Evo. Die Bolivianer erwarten jetzt vor allem spürbare Verbesserungen ihrer Lebensverhältnisse«, in *Le Monde diplomatique* vom 8. April 2011, S. 17.
- Stieglitz, Joseph E. 2008: »Is there a Post-Washington consensus consensus?«, in *The Washington consensus reconsidered. Towards a new global governance*, hrsg. v. Serra, Narcis; Stieglitz, Joseph E., S. 41-56. Oxford: Oxford University Press.
- Thompson, Bob 2011. »Pachakuti: indigenous perspectives, buen vivir, suma qawsay and degrowth«, in *Development* 54, 4, S. 448-453.
- Tokarski, Irene 2011. »Gutes Leben für alle. Zum ethischen Konzept Suma Qamaña in der aktuellen bolivianischen Realität«, in *Ethik der Entwicklung. Sozialethische Perspektiven in Theorie und Praxis*, hrsg. v. Demele, Markus; Hartlieb, Michael; Noweck, Anna, S. 119-125. Münster: Aschendorff Verlag.
- Toussaint, Éric 2010. *Is Bolivia heading for Andean-Amazonian capitalism?* <http://cadtm.org/Is-Bolivia-heading-for-Andean> (Zugriff vom 03.03.2014).

- UNCTAD (United Nations Conference on Trade and Development) 2013. *Inversión extranjera directa: Uruguay mantiene posición 12 en la región*. www.elpais.com.uy/informacion/inversion-extranjera-directa-uruguay-mantiene.html (Zugriff vom 28.08.2013).
- UNDP (United Nations Development Programme) 2012. *Material complementario del Informe sobre Desarrollo Humano 2011. Uruguay: sustentabilidad y equidad*. Montevideo: PNUD Uruguay.
- UNDP (United Nations Development Programme) 2013. *Informe sobre Desarrollo Humano 2013. El ascenso del Sur: Progreso humano en un mundo diverso*. New York: UNDP. www.undp.org/content/dam/undp/library/corporate/HDR/2013GlobalHDR/Spanish/HDR2013%20Report%20Spanish.pdf (Zugriff vom 12.03.2014).
- UNICEF 2010. *La universalización de la educación media en Uruguay. Tendencias, asignaturas pendientes y retos a futuro*. Montevideo.
- Walsh, Catherine 2010. »Development as Buen Vivir: institutional arrangements and (de)colonial entanglements«, in *Development* 53, 1, S. 15-21.
- World Data Bank 2013. *World Bank Indicators*. <http://databank.worldbank.org/data/views/reports/tableview.aspx> (Zugriff vom 04.03.2014).

Zusammenfassung: Seitdem Ecuador und Bolivien die Idee des »guten Lebens« als normative Leitidee in ihre Verfassungen aufgenommen haben, werden diese in der (post-)entwicklungstheoretischen Diskussion debattiert. Uruguay verfolgt als Teil der Neuen Linken Lateinamerikas einen Regierungskurs, der an den Wert des Lebens an sich und soziale Harmonie appelliert. Im Beitrag wird vergleichend analysiert, wie sich die jeweiligen radikalen Gegennarrative zu einem dominanten Entwicklungsmodell dieser drei Länder im Prozess ihrer jeweiligen Implementierung verändern und welche Übersetzungsprobleme dabei entstehen. Letztlich, so die Einschätzung der Autorinnen, verfolgen alle drei Länder ein neo-extraktivistisches und wachstumsorientiertes Entwicklungsmodell, welches dem kritischen Impuls ihrer Rechtfertigungsdiskurse zuwiderläuft. Eine radikal neue Politik des guten und gerechten Lebens lässt sich aus den jetzigen Institutionen und politischen Denkweisen heraus nur schwerlich generieren.

Stichworte: Sozialismus des 21. Jahrhunderts, *Buen Vivir*, Post-Entwicklung, Bolivien, Ecuador, Uruguay, Übersetzung, Zeitlichkeit

The politics of »Buen Vivir«. Between neo-extractivism and the protection of Mother Earth – challenges for Latin America transformation processes

Summary: Since Ecuador and Bolivia incorporated the idea of *Buen Vivir* (Living Well) in their constitutions, these countries have been at the center of attention in the (post-) development theory debate. At the same time, Uruguay – as part of what has been called the »new left« in Latin America – strives to redirect attention to the value of life and better conviviality. The article analyzes how in the process of their implementation the respective radical counter-narratives of all three countries transform into conventional development models strongly oriented towards neo-extractivism and growth. The authors argue that this is partly due to problems of translation between a radical discourse of critique rooted in Andean cosmovisions and contemporary governance structures and their respective rationalities.

Keywords: socialism of the 21st century, *Buen Vivir*, post-development, Bolivia, Ecuador, Uruguay, translation, temporality

Autorinnen

Dr. Ana Agostino
Juan Manuel Blanes 896 apt. 802
C.P. 11200 Montevideo
Uruguay
anaa@internet.com.uy

Dr. Franziska Dübgen
Lichtenberg-Kolleg
Geismar Landstr. 11
37083 Göttingen
Franziska.Duebgen@zentr.uni-goettingen.de